

OLIVER STRECKERT

# Verwaltungsinterner Unionsrechtsschutz

*Jus Internationale et Europaeum*

118

---

**Mohr Siebeck**

# Jus Internationale et Europaeum

herausgegeben von  
Thilo Marauhn und Christian Walter

118





Oliver Streckert

# Verwaltungsinterner Unionsrechtsschutz

Kohärenter Rechtsschutz durch Einführung  
eines Widerspruchskammermodells  
für die Europäische Kommission

Mohr Siebeck

*Oliver Streckert*, geboren 1981; Studium der Rechtswissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen und der Universität Turku (Finnland); Mitarbeiter am Institut für Völker- und Europarecht der Georg-August-Universität Göttingen; 2008 Magister Legum Europae; Rechtsreferendariat am Landgericht Kassel; 2010–11 Tätigkeit als Rechtsanwalt in Köln; seit 2011 wissenschaftlicher Referent für Innen- und Rechtspolitik bei der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen; 2016 Promotion.

e-ISBN PDF 978-3-16-154798-0

ISBN 978-3-16-154797-3

ISSN 1861-1893 (Jus Internationale et Europaeum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

*Für Lissy*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2015/2016 von der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen als Dissertation angenommen. Sie entstand neben meiner beruflichen Tätigkeit als wissenschaftlicher Referent für Innen- und Rechtspolitik bei der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen.

Dass der Leser meine Doktorarbeit nunmehr als fertiges Buch in Händen hält, erfüllt mich mit großer Dankbarkeit gegenüber allen, die ihre Entstehung ermöglicht und gefördert haben.

Herzlicher Dank gebührt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Frank Schorkopf, der die Arbeit in jeder Hinsicht glänzend betreut und das Prüfungsverfahren zügig durchgeführt hat. Für die Erstellung des Zweitgutachtens danke ich Herrn Professor Dr. Thomas Mann. Bedanken möchte ich mich außerdem bei Herrn Professor Dr. Christian Calliess, der während seiner Lehrtätigkeit in Göttingen mein Interesse am Recht der Europäischen Union geweckt und durch die Aufnahme in sein Lehrstuhlteam frühzeitig gefördert hat. Den Herausgebern der Schriftenreihe *Jus Internationale et Europaeum* danke ich für die ehrenvolle Aufnahme meiner Arbeit in das Verlagsprogramm von Mohr Siebeck.

Auf privater Ebene danke ich meinen Eltern und meinem Bruder für alles, was sie mir bis heute entgegenbringen. Ganz besonderer Dank gilt schließlich meiner Frau, die während der mehrjährigen Arbeit an dem vorliegenden Buch auf einen großen Teil unserer gemeinsamen Zeit verzichtet hat. Ohne ihre liebevolle Unterstützung hätte ich neben meiner beruflichen Tätigkeit – noch dazu in einer Lebensphase, in der wir eine Familie gegründet haben – unmöglich die Freiräume finden können, die ein Dissertationsprojekt benötigt. Deshalb ist ihr dieses Buch gewidmet.

Neuss, im März 2016

*Oliver Streckert*



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	III
Abkürzungsverzeichnis .....	IX
Einleitung.....	1
A. <i>Bewährung der Rechtsgemeinschaft durch Rechtsschutz</i> .....	1
I. Reformdiskussionen .....	2
II. Eine Frage der Kohärenz .....	2
B. <i>Gang der Darstellung</i> .....	4
Erster Teil: Die Ausdiversifizierung des Unionsrechtsschutzes ..	7
A. <i>Primärrechtliche Grundkoordinaten des Unionsrechtsschutzes</i> .....	7
I. Die Garantie effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes .....	7
1. Normative Basis .....	7
2. Materieller Gewährleistungsinhalt: Wirksamer Rechtsschutz .....	8
a) Rechtsweggebot .....	8
b) Anspruch auf ein Gericht .....	9
c) Beachtung rechtsstaatlicher Verfahrensmaximen .....	10
3. Monopolisierung des Unionsrechtsschutzes beim EuGH? .....	10
II. Elemente außergerichtlichen Unionsrechtsschutzes .....	11
III. Fazit .....	12
B. <i>Sekundärrechtliche Ausdiversifizierungsprozesse</i> .....	13
I. Zum Begriff der Ausdiversifizierung.....	13
II. Ausdiversifizierung des Verwaltungsvollzuges auf Unionsebene .....	13
1. Ursprüngliche Vollzugskonzeption.....	14
a) Indirekter Vollzug des Unionsrechts durch nationale Behörden .....	14

b)	Direkter Vollzug des Unionsrechts durch supranationale Behörden .....	14
2.	Erscheinungsformen der Ausdiversifizierung .....	15
a)	Ausweitung des Direktvollzuges .....	15
b)	Etablierung von Agenturen .....	16
aa)	Rechtsgrundlagen .....	17
bb)	Bestandsaufnahme und Klassifizierung.....	18
(1)	Regulierungsagenturen .....	18
(2)	Exekutivagenturen .....	22
3.	Die Meroni-Doktrin als Grenze der Ausdiversifizierung des Verwaltungsvollzuges?.....	24
a)	Ursprünglicher Aussagegehalt .....	24
b)	Folgerechtsprechung .....	25
aa)	Das Urteil in Rs. Van der Vecht vom 5. Dezember 1967.....	25
bb)	Das Gutachten zum Stilllegungsfonds für die Binnenschifffahrt vom 26. April 1977.....	26
cc)	Das Urteil in der Rs. Romano vom 14. Mai 1981.....	27
dd)	Das Urteil in der Rs. Tralli vom 26. Mai 2005 .....	27
ee)	Das Urteil in den verb. Rs. Alliance for Natural Health u.a. vom 12. Juli 2005.....	28
ff)	Das ESMA-Urteil vom 22. Januar 2014.....	29
(1)	Erster Klagegrund: Verstoß gegen die in den Meroni-Urteilen genannten Grundsätze für die Übertragung von Befugnissen .....	29
(2)	Zweiter Klagegrund: Verstoß gegen einen im Urteil Romano aufgestellten Grundsatz.....	29
(3)	Dritter Klagegrund: Unvereinbarkeit der Übertragung von Befugnissen mit den Art. 290 und 291 AEUV .....	30
(4)	Vierter Klagegrund: Verstoß gegen Art. 114 AEUV.....	30
(5)	Schlussanträge des Generalanwalts .....	30
(6)	Würdigung durch den Gerichtshof .....	31
gg)	Das Urteil in der Rs. Spanien/Parlament und Rat vom 5. Mai 2015.....	35
hh)	Fazit: Neudeutung der Meroni-Doktrin als Kompensationsrelation .....	36
c)	Meinungsstand in der Literatur .....	37
aa)	Strenge Auslegung der Meroni-Doktrin .....	37
bb)	Relativierende Auslegung der Meroni-Doktrin .....	38
d)	Stellungnahme .....	39

III. Ausdiversifizierung des Verwaltungsrechtsschutzes auf Unionsebene.....	41
1. Agenturverwaltungshandeln als Herausforderung für den Unionsrechtsschutz.....	41
a) Ursprünglich kein gerichtlicher Rechtsschutz .....	41
b) Die Sogelma-Entscheidung des EuG .....	42
c) Rechtsschutzerweiterung durch den Vertrag von Lissabon: Art. 263 Abs. 1 S. 2 AEUV.....	44
2. Evolution spezifischer Rechtsschutzmöglichkeiten gegenüber dem Verwaltungshandeln der Agenturen .....	44
a) Rechtsbeschwerdemodell .....	44
b) Aufsichtsbeschwerdemodell.....	45
c) Direktklagemodell .....	46
d) Widerspruchskammermodell.....	46
e) Kombinationsmodelle .....	48
f) Modelle mit punktuellen Rechtsschutzregelungen.....	49
3. Stagnation der Rechtsschutzmöglichkeiten gegenüber dem Verwaltungshandeln der Kommission .....	49
 C. <i>Ergebnis</i> .....	50
 Zweiter Teil: Ein imperfekter Quantensprung.....	52
 A. „Die notwendige Kohärenz des vom Vertrag geschaffenen Rechtsschutzsystems“ .....	52
I. Rechtsschutzkohärenz als föderales Prinzip?.....	52
1. Reichweitenbegrenzung des mitgliedstaatlichen Rechtsschutzauftrags .....	53
2. Europäisierung einzelner Institute des nationalen Prozessrechts..	53
a) Einstweiliger Rechtsschutz .....	54
b) Mitgliedstaatliche Einstandspflichten im Staatshaftungsrecht .....	55
c) Gerichtliche Kontrolldichte.....	56
d) Rechtskraft.....	56
3. Bewertung: Die Kohärenzkautele des EuGH als selbsterfüllende Prophezeiung .....	57
II. Gegenmodell: Rechtsschutzkohärenz als unionales Prinzip .....	58
1. Etymologie des Kohärenzbegriffs.....	59
2. Primärrechtliche Kohärenzaussagen .....	59
a) Allgemeine Aussagen zur Kohärenz von Politiken und Maßnahmen der Union.....	59

aa)	Art. 13 Abs. 1 EUV .....	59
bb)	Art. 7 AEUV .....	60
(1)	Systematische Funktion .....	60
(2)	Materieller Gehalt .....	61
(3)	Adressat .....	62
(4)	Keine Kompetenzgrundlage .....	63
(5)	Justiziabilität und Kontrolldichte .....	63
b)	Spezielle Kohärenzaussagen für einzelne Politikfelder .....	63
aa)	Auswärtiges Handeln .....	63
bb)	Katastrophenschutz .....	64
cc)	Forschungspolitik .....	65
c)	Kohärenz des Unionsrechts .....	65
aa)	Art. 256 Abs. 2 UAbs. 2 AEUV .....	65
bb)	Art. 256 Abs. 3 AEUV .....	66
(1)	Überprüfung durch den EuGH nach Verweisung durch das EuG .....	67
(2)	Überprüfung durch den EuGH auf eigene Initiative .....	67
cc)	Art. 349 Abs. 3 AEUV .....	67
3.	Schlussfolgerungen: Kohärenzwahrung als legitimierende Kraft für die Ausdiversifizierung des Unionsrechtsschutzes .....	68
<i>B.</i>	<i>Kohärenz des ausdiversifizierten Unionsrechtsschutzes .....</i>	<i>69</i>
<i>I.</i>	<i>Effektivität des Rechtsschutzes als überwölbende Zielvorgabe .....</i>	<i>70</i>
1.	Zur Effektivität des Aufsichtsbeschwerdemodells .....	70
a)	Suspensiv-effekt des Rechtsbehelfs .....	70
b)	Kontrolldichte .....	71
c)	Unmittelbarkeit der Rechtsschutzentscheidung .....	71
d)	Änderungsbefugnis bezüglich der angefochtenen Entscheidung .....	71
e)	Postulationsfähigkeit .....	71
f)	Verfahrensdauer .....	72
2.	Zur Effektivität des Widerspruchskammermodells .....	72
a)	Suspensiv-effekt des Rechtsbehelfs .....	72
b)	Kontrolldichte .....	72
c)	Unmittelbarkeit der Rechtsschutzentscheidung .....	72
d)	Änderungsbefugnis bezüglich der angefochtenen Entscheidung .....	73
e)	Postulationsfähigkeit .....	73
f)	Verfahrensdauer und Befriedungswirkung .....	73
aa)	Weitgehendes Erkenntnisproblem .....	73

bb)	Das Beschwerdekammersystem des HABM als Haupterkennnisquelle .....	74
cc)	Zusätzlicher Beschleunigungseffekt durch vorgeschaltetes Rechtsbeschwerdemodell .....	75
3.	Zur Effektivität des Direktklagemodells .....	75
a)	Suspensiveffekt des Rechtsbehelfs .....	75
b)	Kontrolldichte .....	76
c)	Unmittelbarkeit der Rechtsschutzentscheidung .....	76
d)	Änderungsbefugnis bezüglich der angefochtenen Entscheidung .....	76
e)	Postulationsfähigkeit .....	77
f)	Verfahrensdauer .....	77
4.	Ergebnis: Unwucht in der Effektivität des Unionsrechtsschutzes .....	77
a)	Erste Problemebene: Unterschiedlich effektive Rechtsbehelfe innerhalb des Agenturwesens .....	77
b)	Zweite Problemebene: Unterschiedlich effektive Rechtsbehelfe zur Anfechtung von Agentur- und Kommissionsverwaltungshandeln .....	79
II.	Kohärenzurteil .....	79
1.	Fortwährende Rechtsschutzkohärenz in Bezug auf die Anfechtbarkeit des Verwaltungshandelns der Agenturen .....	79
2.	Verlorengegangene Rechtsschutzkohärenz in Bezug auf die Anfechtbarkeit des Verwaltungshandelns der Kommission .....	82
3.	Fazit .....	82

## Dritter Teil: Überlegungen zur Wiederherstellung verlorengangener Rechtsschutzkohärenz..... 84

A.	<i>Demontage oder Expansion verwaltungsinterner Rechtsbehelfe?</i> .....	84
B.	<i>Primärrechtlicher Rahmen</i> .....	85
I.	Der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung .....	85
II.	Potenzielle Ermächtigungsgrundlagen .....	85
1.	Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf (Art. 47 GRCh) .....	86
2.	Recht auf eine gute Verwaltung (Art. 41 GRCh) .....	87
3.	Wert der Rechtsstaatlichkeit (Art. 2 EUV) .....	88
4.	Europäische Verwaltung (Art. 298 AEUV) .....	89
a)	Verwaltungsinterner Rechtsschutz als Merkmal einer offenen Verwaltung .....	91

b)	Verwaltungsinterner Rechtsschutz als Merkmal einer effizienten Verwaltung.....	92
c)	Verwaltungsinterner Rechtsschutz als Merkmal einer unabhängigen Verwaltung.....	94
5.	Flexibilitätsklausel (Art. 352 AEUV) .....	95
III.	Ergebnis .....	96
C.	<i>Suche nach einem geeigneten Rechtsschutzmodell</i> .....	96
I.	Institutionelle Erwägungen.....	97
1.	Ausscheiden des Modells der Aufsichtsbeschwerde .....	97
2.	Rechtsbeschwerde- oder Widerspruchskammermodell als verbleibende Alternativen .....	98
II.	Historisch-vergleichende Erwägungen .....	98
1.	Verwaltungsinterner Rechtsschutz in Deutschland .....	98
a)	Ausgangspunkt: Zivilprozessualer Verwaltungsrechtsschutz.....	98
b)	Der Rekurs als Frühform des Aufsichtsbeschwerdemodells .....	99
c)	Kommissionale Verwaltungskontrolle als Frühform des Widerspruchskammermodells .....	100
d)	Zurückdrängung des Widerspruchskammermodells durch den Aufbau einer Verwaltungsgerichtsbarkeit.....	102
aa)	Evolution einer eigenständigen Verwaltungsgerichtsbarkeit.....	102
bb)	Konsolidierungsphase des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes.....	104
cc)	Verwaltungsinterner Rechtsschutz in der Bundesrepublik Deutschland.....	104
(1)	§ 72 VwGO als Ausprägung des Rechtsbeschwerdemodells .....	105
(2)	§ 73 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 VwGO als Ausprägung des Aufsichtsbeschwerdemodells.....	106
(3)	§ 73 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und 3 VwGO als Ausprägung des Rechtsbeschwerdemodells .....	106
(4)	§ 73 Abs. 2 VwGO als Ausprägung des Widerspruchskammermodells .....	106
dd)	Aktuelle Diskussion um die Leistungsfähigkeit verwaltungsinterner Rechtsschutzmodelle.....	108
e)	Fazit.....	109
2.	Verwaltungsinterner Rechtsschutz in Frankreich.....	110
a)	Grundlagen .....	110
b)	Zweigeteiltes System verwaltungsinternen Rechtsschutzes..	112

aa)	Der fakultative recours administratif.....	112
bb)	Der obligatorische recours administratif .....	113
c)	Modelle verwaltungsinternen Rechtsschutzes .....	114
aa)	Recours gracieux: Rechtsbeschwerdemodell.....	114
bb)	Recours hiérarchique: Aufsichtsbeschwerde- oder Widerspruchskammermodell.....	114
(1)	Hierarchisch übergeordnete Behörden als Aufsichtsbeschwerdestellen .....	114
(2)	Commissions administratives contentieuses als Widerspruchskammern .....	114
(3)	Autorités administratives indépendantes als Widerspruchskammern .....	115
d)	Fazit.....	116
3.	Verwaltungsinterner Rechtsschutz im Vereinigten Königreich..	116
a)	Gerichtszentrierte Rechtstradition des common law.....	116
b)	Modelle verwaltungsinternen Rechtsschutzes .....	118
aa)	Internal review als Rechtsbeschwerdemodell.....	118
bb)	Tribunals als Ausprägung des Widerspruchskammermodells .....	119
(1)	Stellung im System des Verwaltungsrechtsschutzes .....	119
(2)	Ungeordnete tribunal landscape vor der Reform des Jahres 2007 .....	120
(3)	Vereinheitlichung durch den Tribunals, Courts and Enforcement Act 2007.....	121
c)	Fazit.....	122
4.	Ergebnis: Das Widerspruchskammermodell als Funktionsäquivalent einer ausdifferenzierten öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeit.....	123
III.	Schlussfolgerungen .....	124

## Vierter Teil: Ein Widerspruchskammermodell für die Europäische Kommission .....

A.	<i>Grundzüge des Widerspruchsverfahrens</i> .....	126
I.	Obligatorisches oder fakultatives Widerspruchsverfahren? .....	126
1.	Diskussion im deutschen Verwaltungsverfahrenrecht .....	127
2.	Übertragung des Diskussionsstandes auf die EU-Eigenverwaltung .....	128
II.	Widerspruchsfähige Entscheidungen .....	129
III.	Einlegung und Begründung des Widerspruchs .....	129

IV.	Suspensiv effekt des Widerspruchs .....	130
V.	Integration eines Rechtsbeschwerdemodells .....	130
VI.	Entscheidung über den Widerspruch und Möglichkeit der reformatio in peius .....	130
VII.	Das EuG als Rechtsmittelinstanz für Entscheidungen der Widerspruchskammern .....	131
VIII.	Notwendigkeit einer Vorlageberechtigung der Widerspruchskammern gemäß Art. 267 AEUV .....	132
	1. Fehlende Vorlageberechtigung de lege lata .....	132
	2. Regelungslücke und Anpassung des Art. 267 AEUV .....	134
<i>B.</i>	<i>Organisatorische Aspekte</i> .....	135
I.	Ein System aus mehreren Widerspruchskammern .....	135
II.	Mögliche Anknüpfungspunkte .....	136
	1. Das Kabinettsystem der Kommission .....	136
	2. Die Generaldirektionen und Dienststellen der Kommission .....	137
III.	Gemeinsames Präsidium aller Widerspruchskammern .....	140
	1. Aufgaben und Stellung des Präsidenten .....	140
	2. Weitere Präsidiumsmitglieder .....	140
IV.	Besetzung der einzelnen Widerspruchskammern .....	142
V.	Amtszeit und rechtliche Stellung der Kammermitglieder .....	143
VI.	Einrichtung einer „Großen Widerspruchskammer“ .....	143
	1. Intention: Praxisharmonisierung .....	143
	2. Besetzung .....	143
	3. Zuweisungskriterien .....	145
	4. Zuweisungszuständigkeit .....	146
	5. Wirkung der Zuweisungsentscheidung .....	147
	6. Entscheidungsbefugnisse .....	147
	7. Beratungsablauf .....	148
VII.	Geschäftsstelle, Dienststelle Unterstützung, Beratender Ausschuss ...	148
VIII.	Organisationschema .....	149
<i>C.</i>	<i>Das Widerspruchskammermodell im Gesamtkontext der Integration</i> .....	150
I.	Rechtspolitische Implikationen .....	150
	1. Das Widerspruchskammermodell im Kontext der zunehmenden Verlagerung von Verwaltungskompetenzen auf die Unionsebene .....	150
	a) Problemlage .....	150
	b) Das Widerspruchskammermodell als „Widerlager“ einer immer mächtigeren EU-Eigenverwaltung .....	153

2.	Das Widerspruchskammermodell im Kontext unionsgerichtlicher Kontrolldefizite im EU-Kartellrecht .....	153
	a) Problemlage .....	153
	b) Unionsgerichtliche Kontrolldefizite .....	155
	aa) Widersprüchliche Tendenzen bei der Überprüfung des Kommissionsermessens .....	155
	bb) Lange Verfahrensdauer in Wettbewerbssachen .....	157
	cc) Praktisch kein Suspensiveffekt bei der Anfechtung von Bußgeldentscheidungen .....	157
	c) Das Widerspruchskammermodell als Kompensation unionsgerichtlicher Kontrolldefizite im Wettbewerbsrecht... ..	158
3.	Das Widerspruchskammermodell im Kontext des Reformdrucks auf die Unionsgerichtsbarkeit.....	158
	a) Problemlage .....	158
	b) Bisherige Reformvorschläge .....	161
	aa) Errichtung von Fachgerichten .....	161
	bb) Erhöhung der Richterzahl beim EuG.....	162
	c) Das Widerspruchskammermodell als unerschlossenes Entlastungspotenzial für die Unionsgerichtsbarkeit.....	163
II.	Ausblick auf das künftige Verhältnis von Widerspruchskammern und Fachgerichten .....	163
	1. Das Widerspruchskammermodell als bloßer Zwischenschritt auf dem Weg zu einer ausdifferenzierten EU-Fachgerichtsbarkeit? .....	163
	a) Anspruch und Wirklichkeit des Art. 257 AEUV .....	164
	b) Position des Gerichtshofs.....	164
	2. Bewertung .....	167
III.	Ergebnis .....	168
 Fünfter Teil: Zusammenfassung.....		170
 Literaturverzeichnis.....		183
 Personen- und Sachregister.....		197



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	Anderer Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	Alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
ALR	Administrative Law Review
Alt.	Alternative
AnwBl	Anwaltsblatt
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht
Az.	Aktenzeichen
Bad. Reg.-Bl.	Regierungsblatt für das Großherzogtum Baden
Bay. GVBl.	Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Königreich Bayern
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
Buchst.	Buchstabe
BULRev.	Boston University Law Review
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BWVPr.	Baden-Württembergische Verwaltungspraxis
bzw.	beziehungsweise
ch.	chapter
CLJ	Cambridge Law Journal
CMLRev.	Common Market Law Review
d.h.	das heißt
Ders.	Derselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

EGKSV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
ELJ	European Law Journal
ELRev.	European Law Review
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
ESRB	European Systemic Risk Board (Europäischer Ausschuss für Systemrisiken)
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGöD	Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Zeitschrift für Europarecht
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EUV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
f./ff.	folgende/fortfolgende
FG	Festgabe
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRURInt	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
h.M.	herrschende Meinung
HbgAGVwGO	Hamburgisches Ausführungsgesetz zur VwGO
Hess. Reg.-Bl.	Regierungsblatt für das Großherzogtum Hessen
HessAGVwGO	Hessisches Ausführungsgesetz zur VwGO
Hrsg.	Herausgeber
HStrR	Handbuch des Staatsrechts
i.d.F.	in der Fassung
i.d.S.	in diesem Sinne
i.E.	im Ergebnis
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
IStR	Internationales Steuerrecht
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KOM	Dokumente der Europäischen Kommission

KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
LKT	Landkreistag Rheinland-Pfalz
m.w.N.	mit weiteren Nennungen
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
n.F.	neue Fassung
n.n.i.Slg.	noch nicht in Sammlung
n.v.	nicht veröffentlicht
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
o.ä.	oder ähnliches
o.J.	ohne Jahresangabe
para	paragraph/s
preuß.	preußische
ReNEUAL	Research Network on EU Administrative Law
RFDA	Revue française de droit administratif
RGBL	Reichsgesetzblatt
RhPflAGVwGO	Rheinland-Pfälzisches Ausführungsgesetz zur VwGO
RJD	Reports of Judgments and Decisions/Recueil des Arrêts et Décisions
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
RW	Rechtswissenschaft
S.	Seite
SaarLAGVwGO	Saarländisches Ausführungsgesetz zur VwGO
Sächs. GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen
sec.	section(s)
SGB IX	Sozialgesetzbuch Neuntes Buch
SGB X	Sozialgesetzbuch Zehntes Buch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
Slg.	Sammlung
Sp.	Spalte
u.	und
u.a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
Var.	Variante
verb.	verbundene
VerwArch	Verwaltungsarchiv
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VR	Verwaltungsrundschau
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVE	Vertrag über eine Verfassung für Europa
VwBlBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg

VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
Württ. Reg.-Bl.	Regierungsblatt für das Königreich Württemberg
YLJ	Yale Law Journal
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik